

Der Regierungsrat des Kantons Thurgau

Protokoll vom 4. Juli 2023

Nr. 392

Entwurf für ein Gesetz über den Solidaritätsbeitrag für Betroffene von Medikamententests (GSBM)

Externes Vernehmlassungsverfahren

Das Departement für Finanzen und Soziales (DFS) legt einen Entwurf für ein Gesetz über den Solidaritätsbeitrag für Betroffene von Medikamententests samt erläuterndem Bericht vor und ersucht um die Ermächtigung zur Durchführung eines externen Vernehmlassungsverfahrens. Entwurf und Bericht sollen nachfolgenden Stellen unterbreitet werden:

- allen im Grossen Rat vertretenen Parteien
- Verband Thurgauer Gemeinden (VTG)
- Ärztesgesellschaft Thurgau (ÄTG)
- Spital Thurgau AG, Psychiatrische Dienste Thurgau (PDTG)
- Clenia Littenheid AG
- Interpharma, Verband der forschenden pharmazeutischen Firmen der Schweiz
- Novartis International AG
- Schweizerische Stiftung Pro Mente Sana

Parallel zum externen Vernehmlassungsverfahren wird eine interne Vernehmlassung bei den Departementen und der Staatskanzlei durchgeführt.

Auf Antrag des Departementes für Finanzen und Soziales

beschliesst der Regierungsrat:

1. Vom Entwurf für ein Gesetz über den Solidaritätsbeitrag für Betroffene von Medikamententests (GSBM) und vom erläuternden Bericht wird Kenntnis genommen.

2/2

2. Das Departement für Finanzen und Soziales wird ermächtigt, zum Entwurf ein externes Vernehmlassungsverfahren durchzuführen.
3. Mitteilung an (inkl. Gesetzesentwurf und Erläuternder Bericht):
Zustellung intern
 - Departement für Finanzen und Soziales
 - Staatskanzlei
 - Amt für Gesundheit

Für richtige Ausfertigung

Der Staatsschreiber



